

N i e d e r s c h r i f t

**der 29. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 21.02.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:05 Uhr bis 16.40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	anwesend von 16:15 Uhr bis 17:00 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Eberhard Doege	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Frau Dagmar Szabados	Bgm	
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw	
Herr Thomas Willecke	Verw	
Frau Annemarie Kraft	Verw	
Frau Christine Hock		

Entschuldigt fehlen:

Frau Heidrun Tannenber	Die Linkspartei. PDS	vertreten durch Hr. Rudenz Schramm
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Egbert Geier	BG	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 29. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von **Frau Oberbürgermeisterin Häußler**.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bat, folgenden Tagesordnungspunkt **abzusetzen**.

*TOP 4.1 Änderung der Hauptsatzung/Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates sowie Regelung der Nachtragsinformation an den Vergabeausschuss
Vorlage: IV/2007/062543*

Sie begründete dies damit, dass die Verwaltung zwar die Auffassung des Ausschusses teile, rechtlich müsse aber eine Satzung zur Veränderung der Satzung beschlossen werden. Die Vorlage wird im Monat März noch einmal eingebracht.

Weiterhin werden folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung **abgesetzt**, da **gleiche Voten** in den Fachausschüssen:

*TOP 4.2 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 neues theater/schauspiel halle
Vorlage: IV/2006/06145*

*TOP 4.3 Grundsatzbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau Schwimmhalle Robert-Koch-Straße"
Vorlage: IV/2006/06202*

*TOP 4.4 Sanierung Roter Turm
Vorlage: IV/2006/05988*

Abstimmungsergebnis zur geänderten TO: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.01.2007**
4. *Vorlagen*
 - 4.1. *Änderung der Hauptsatzung/Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates sowie Regelung der Nachtragsinformation an den Vergabeausschuss*
Vorlage: IV/2007/06253 **abgesetzt**
 - 4.2. *Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 neues theater/schauspiel halle*
Vorlage: IV/2006/06145 **abgesetzt**
(gleiche Stimmen in den Fachausschüssen)
 - 4.3. *Grundsatzbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau Schwimmhalle Robert-Koch-Straße"*
Vorlage: IV/2006/06202 **abgesetzt**
(gleiche Stimmen in den Fachausschüssen)
 - 4.4. *Sanierung Roter Turm*
BITTE BEACHTEN: Vorlagennummer hat sich geändert (vorher: IV/2006/06213)
Vorlage: IV/2006/05988 **abgesetzt**
(gleiche Stimmen in den Fachausschüssen)
5. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
6. **Anfragen von Stadträten**
7. **Beantwortung von Anfragen**
8. **Anregungen**
9. **Mitteilungen**
 - 9.1. **Statusbericht Haushaltskonsolidierung Februar 2007**
Vorlage: IV/2007/06271

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.01.2007**

Die Niederschrift zur 28. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 24.01.2007 wird erst zur 30. Sitzung des Hauptausschusses am 20.03.2007 zur Genehmigung vorgelegt.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, legte einen schriftlichen Antrag vor, in dem die Verwaltung beauftragt wird, die Stadtmarketinggesellschaft GmbH (SMG) als Veranstalter des Laternenfestes zu beauftragen. Diese soll das Fest als größte und wichtigste Freiluftveranstaltung der Stadt Halle deutlicher als bisher unter der Zielsetzung einer positiven Darstellung nach innen und außen entwickeln. Sie soll dabei von den einzelnen zuständigen Bereichen der Verwaltung in fachlicher, personeller und finanzieller Hinsicht unterstützt werden. Die dazu nötigen Details sind in einem Konzept bis spätestens 30.04.2007 dem Kultur- und dem Finanzausschuss darzustellen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass die Stadt bei der SMG nur als Gesellschafter beteiligt sei und die SMG nur Koordinator bei Veranstaltungen sei. Sie werde aber den Antrag prüfen lassen und im nächsten Stadtrat im nichtöffentlichen Teil unter Mitteilungen darüber berichten.

Damit waren die Mitglieder des Hauptausschusses einverstanden.

Weitere Anträge gab es nicht.

zu 6 **Anfragen von Stadträten**

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, informierte, dass ein Schreiben des Südstadtgymnasiums betreffend Schüleraustausch mit einer US-amerikanischen Schülergruppe in ihrer Fraktion eingegangen sei. Sie fragte, ob die Stadtverwaltung dieses Schreiben auch erhalten habe und ob es noch Empfänge für Besucher von Schülerpartnerschaften in der Stadt Halle gäbe.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass solche Empfänge durch die Stadt durchgeführt werden und sie diese Problematik zum Team Protokoll mitnehmen werde.

Frau Ruhl-Herpertz, amt. Fachbereichsleiterin Büro OB, bestätigte den Erhalt und die Weiterleitung des Schreibens an das Team Protokoll.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte, warum in das „Bundesmodellprojekt für Demokratie und Toleranz“ die Parteien nicht mit einbezogen wurden.

Frau Bürgermeisterin Szabados erinnerte daran, dass durch den Stadtrat die Beteiligung an dem Bundesmodellprojekt bejaht wurde. Die Städte Halle, Bitterfeld und Sangerhausen haben nach der Bewerbung den Zuschlag bekommen. Vorgegeben werde, wer in dem Begleitausschuss mitarbeitet. Sie sei auch der Meinung, dass Parteien zur Umsetzung der Demokratie gehören und sie werde deshalb prüfen, ob die Parteien mit aufgeführt sind.

Herr Bönisch bat um eine Information zur nächsten Stadtratsitzung.

Weitere Anfragen gab es nicht.

zu 7 **Beantwortung von Anfragen**

Beantwortungen gab es nicht.

zu 8 **Anregungen**

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, äußerte, dass das Hinweisschild, welches auf das Denkmal zur Montagsdemonstration hinweist, noch nicht angebracht sei.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte eine Klärung in der nächsten Beigeordnetenkonferenz zu.

zu 9 **Mitteilungen**

Frau Oberbürgermeisterin Häußler bezog sich auf die Anfrage von **Frau Haupt, Fraktion Die Linkspartei. PDS**, zum Umgang mit den *Leitzielen der Stadt Halle*.

Die strategischen Ziele wurden im Intranet veröffentlicht. Veröffentlicht worden sei der Arbeitsstand, der im Workshop mit den Vertretern der Fraktionen besprochen wurde. Das Intranet sei aber den Bürgern nicht zugänglich, sie sehe aber keine Schwierigkeiten, dass davon ein Vorschlag abgeleitet werden könne.

In dem Workshop wurde kein Stadtratsbeschluss vorbereitet, da man eine Selbstbindung nicht eingehen wollte. Es sollte eine Vereinbarung zwischen der Stadtverwaltung und dem Stadtrat zu strategischen Zielen vorbereitet werden. Im November 2006 wurde an alle Fraktionen ein Papier zur Diskussion versandt. Hier seien bisher nur von einigen Fraktionen Informationen bzw. Rückmeldungen eingegangen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, frage, ob die Diskussion auf dem jetzigen Stand so bleiben soll.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erwiderte, dass in mehreren Workshops in der Verwaltung über die Ziele diskutiert wurde. Die Ergebnisse wurden an die Parteien herangetragen. Der Diskussionsprozess sei aber an dieser Stelle nicht weiter vorangegangen, weil sich nicht auf die gemeinsamen Endziele verständigt wurde.

Herr Koehn, Fraktion der SPD, sagte, dass seine Fraktion die Zuarbeit nachreichen werde, um die Diskussion zu forcieren.

Herr Lange, Fraktion Die Linkspartei. PDS, brachte nahe, dass der Stadtrat und die Verwaltung in eine Richtung ziehen sollten. Deshalb sollte die Diskussion wieder aufgegriffen und ein Vorschlag gemacht werden, wie es weitergehen soll.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass sie im nächsten Hauptausschuss über einen Vorschlag und die weitere Vorgehensweise berichten werde.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler beantwortete die Anfrage betreffend des *Verfahrens zur Beauftragung und Durchführung von Gutachterleistungen in Sachen Wohnungswirtschaft* indem sie folgende Zeitschiene bekannt gab:

- Abschluss der Bietergespräche inklusive Nachverhandlungen: 05.03.2007
- Erstellung der Beschlussvorlage: 06.03.2007
- Behandlung in einer Sondersitzung der Beigeordnetenkonferenz: 07.03.2007
- Behandlung im Vergabeausschuss als Tischvorlage: 08.03.2007
- Behandlung im Stadtrat: 28.03.2007

Frau Oberbürgermeisterin Häußler informierte zum *Verfahren zur Benennung der Ehrenbürger sowie zu Reisen von Stadträten*, dass es bereits in der Verwaltung einen Anarbeitungsstand gibt. Dieser soll mit Amtsantritt von Frau Szabados als Oberbürgermeisterin weiter aktualisiert werden.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler teilte mit, dass die **30. Sitzung des Hauptausschusses** auf den **20.03.2007 um 14.00 Uhr** vorverlegt werden müsse, da alle Fraktionsvorsitzenden am 21.03.2007 zum Geburtstagsempfang von Herrn Genscher eingeladen sind.

Ohne förmliche Abstimmung stimmten die Mitglieder des Hauptausschusses dem neuen Termin zu.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, wann die Fraktionen die Gelegenheit zur *Darlegung ihrer Sachpositionen zu aktuellen Stadtratsthemen im Amtsblatt* haben.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass es hierzu ein Antwortschreiben vom Geschäftsbereich Zentraler Service an die Fraktionen gibt.

Frau Wolff fragte nach dem *Stand „Bürgerbriefkästen“* und einer Information hierzu im Amtsblatt.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler informierte, dass es eine Festlegung aus der Beigeordnetenkonferenz gibt, diese Problematik nochmals im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss zu behandeln.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, informierte, Bezug nehmend zu einer Anfrage im letzten Hauptausschuss betreffs Baustelle „MMZ“, dass das äußere Erscheinungsbild der *Baustelle am MMZ* wieder hergestellt und die Baustelle nur noch in einem sehr begrenztem Umfang vorhanden sei.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, teilte in Bezug auf die Anfrage betreffend Schäden am *Hinweisschild für die Jahn-Höhle* mit, dass **Frau Haupt, Fraktion Die Linkspartei. PDS**, hierzu ein Antwortschreiben erhalten habe.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler informierte über *Veränderungen in Bezug auf die Neugliederung der Regionalen Planungsgemeinschaft*. Hier gäbe es Veränderungen mit der neuen Kreisbildung. Für unsere Planungsgemeinschaft würde dies bedeuten, dass der jetzige Kreis Mansfelder Land in die Planungsgemeinschaft Harz übergehen würde. Das Regionalforum Halle sei verärgert darüber, dass der Minister für Landesentwicklung und Verkehr, Dr. Daehre eine Vorlage für das Kabinett erstellte, ohne mit den Betroffenen darüber zu reden. Vertreter des Mansfelder Landes äußerten, dass sie nicht der Planungsgemeinschaft Harz angehören wollen und deshalb das Land angeschrieben haben. Die Stadt Halle habe eine begründete Stellungnahme an das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr gerichtet und die Frage gestellt, ob die Beibehaltung von 5 Planungsregionen in Sachsen-Anhalt zukunftsfähig sei. Der Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung des Landes sollte Rechnung getragen werden. Auch sollten z. B. die Grenzen des IHK-Kammer- bzw. des Arbeitsamtsbezirkes bei der Neustrukturierung Berücksichtigung finden.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte nach der Meinung der Stadtverwaltung zur Relevanz der Planungsregion.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass im Präsidium des Städte- und Gemeindebundes ausgeführt wurde, dass bundesweit über eine Abschaffung der kommunalisierten Regionalplanung nachgedacht wurde. Die Kommunen wehrten sich gegen die Abschaffung, weil die Regionalplanung dann aus der Sicht des Landes gemacht wird und die Belange der Kommunen nicht mehr berücksichtigt würden. Mit der flächendeckenden Einführung von Einheitsgemeinden wird es künftig deutlich mehr Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern geben. Dies würde zu Veränderungen der Zusammensetzung der Regionalversammlungen zugunsten der Gemeindeebene und zu Lasten der Kreisebene führen.

Aus diesem Grunde wurde vorgeschlagen, die Gemeindeebene nur noch durch die Vertreter der Mittelzentren der Planungsregion in der Regionalversammlung abzubilden. Für die Mittelzentren gäbe es dann eine Aufwertung der regionalen Ausstrahlung.

Herr Bönisch fragte, ob die Stadtverwaltung aus den gefassten Plänen des Städte- und Gemeindebundes schon praktische Erfahrungen gemacht habe.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, dass Einfluss auf die Pläne genommen werden könne. Es ginge aber um die Belange des Umlandes und die Stadt könnte bestimmte, nicht förderliche Entwicklungen mitdiskutieren und beeinflussen. Dies habe schon eine gewisse Relevanz. Problem sei, dass für die Regionale Planungsgemeinschaft und den Zweckverband für die Flächennutzungsplanung neue Grenzen geplant werden. Weiterhin wurde die Stadt zur Stellungnahme betreffend flächendeckende Einführung von Einheitsgemeinden in Sachsen-Anhalt aufgefordert. Diese sehe hier zwar die Belange der kleineren Kommunen mit einer Mindesteinwohnerzahl von 10.000 EW geregelt, aber nicht die Belange der Oberzentren. Aus diesem Grunde sollten zeitgleich die Fragen der Oberzentren besprochen und geregelt werden, und zwar, wer für Eingemeindungen vorgesehen ist und wer nicht.

Zur Anhörung zum Zweckverbandsgesetz im Landtag habe sie vorgeschlagen, eine Expertenkommission einzusetzen, die einen Vorschlag erarbeiten soll, wie die Stadtumlandregelung Magdeburg und Halle auszusehen habe.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, informierte, dass am Freitag, 09.03.2007 um 11:30 Uhr, die offizielle Übernahme der sanierten Hauptfeuerwache stattfindet.

zu 9.1 Statusbericht Haushaltskonsolidierung Februar 2007
Vorlage: IV/2007/06271

Frau Oberbürgermeisterin Häußler wies die Mitglieder des Hauptausschusses auf den Quartalsbericht zur Haushaltskonsolidierung hin.

Weitere Informationen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler beendete die 29. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin